

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die wertfällige Bevölkerung
Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5632.

Anzeigenpreis: 30 Pfennige für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien
30 Pf. auswärts 45 Pf. Sonntagshefte 4 Pf. Familienanzeigen
Stellungsuche, Verträge, Besondere- und Wohnungsanzeigen 2 Pf.
Kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das letzte Wort 2 Pf. Anzeigen für
die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Geschäftsstelle
Erpedition Platzstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Der kommende Reichsbankpräsident.

Der Reichsrat für Dr. Schacht.

Nach § 27 des Bankgesetzes ist die Stelle des Reichsbankpräsidenten vom Reichspräsidenten zu befehlen nach Gutdünken des Direktoriums und des Zentralausschusses der Reichsbank und nach einem Vorschlag, den der Reichsrat zu machen hat. Der Reichsrat hat am Dienstag im Ausschußsstunden, die bis abends 7 Uhr hinziehen, sein Gutachten beraten und in der Beratung nach einem Bericht des bayerischen Staatsrats Dr. Wolf seine Entscheidung gefaßt. Dem Reichsrat lag Antrag der preussischen Regierung vor, den Währungskommissionar und das beratende Mitglied des Reichskabinetts, Dr. Schacht, zum Vorschlag zu bringen. Die Reichsregierung hatte dazu erklärt, daß dieser Vorschlag genehmigt sei. Nachdem Dr. Schacht mit dem Reichskabinettsmitglied vertrauensvoll gearbeitet habe, sei es nach den Erfahrungen, die bei dieser gemeinsamen Arbeit gemacht worden seien, zu der Überzeugung gelangt, daß Dr. Schacht nach den Kenntnissen und Fähigkeiten der rechte Mann für diese Stelle sei. Die Ausschüsse des Reichsrates machten sich unter diesen Umständen mit Stimmenmehrheit den Vorschlag, Dr. Schacht als Reichsbankpräsidenten vorzuschlagen, beschlossen. Damit dürfte Reichsbankpräsident ohne weiteres die Ernennung Dr. Schachts als Reichsbankpräsidenten vorzunehmen. Welche Schlußfolgerungen der Reichsbankdirektorium aus dieser Ernennung zieht, bleibt abzuwarten. Man spricht davon, daß der Rücktritt Grafenbergs und seiner Kollegen nicht ausgeschlossen ist.

Ideen — die deutsche Wirtschaft von auswärts Betriebsmittel erhält. In diesen Ideen verkörpert sich die stärkste Notwendigkeit der deutschen Wirtschaft, mit der das ganze Währungsexperiment und mit ihm der endliche Wiederaufbau in Deutschland steht und fällt. Immer wieder hat Schacht in seinen Ausführungen a. B. gegenüber dem Vertreter des „Soz. Parlaments-Dienst“, dem er noch kürzlich seinen Plan einer Goldkreditbank darlegte, ausländische Produktionskredite in den Vordergrund gestellt. In seiner Hand liegt schon in den nächsten Tagen die Kreditpolitik, der Hebel, mit dem die ganze Wirtschaft zu dirigieren ist. Hoffentlich hat der Reichsrat einen Maschinenbau gefunden, dem es gelingen wird, Deutschland, der großen Wirtschaftsmaschine, das verlorene Vertrauen im Ausland wiederzugewinnen.

Zu dem Vorschlag Dr. Schachts durch den Reichsrat schreibt die „Völkische Zeitung“ u. a.: „Es ist ein besonderes Verdienst Dr. Schachts, daß er zu demjenigen Mann gehört hat, der die ganz im Gegensatz zu Dr. Helfferich seit Jahren das Steuer der Wirtschaft und die Finanzverwaltung als Vorbedingung für diese Wertbeständigkeit der Währung gefordert haben, und daß er seinen früheren Forderungen auch energisch nachzugehen verstanden hat, als er zum Reichswährungskommissar ernannt wurde. Diese Ernennung und mehr noch das, was er während seiner Amtszeit tat, hat die Gegenpartei gegen ihn bei gewissen Finanzkreisen und in den Kreisen der deutschnationalen Volkspartei verstärkt. Aber gerade deshalb muß keine Wahl allen denen besonders recht sein, die wünschen, daß nun endlich einmal mit der bisherigen Finanz- und Geldpolitik des Reiches gebrochen wird.“

„In seiner Tätigkeit als Währungskommissar blüht er auf zu einer Höhe der Erfolge, die die Stabilisierung der Devisen ist wohl in der Hauptache sein Verdienst. Dr. Schacht, der ein ausgeprägter Gegner des Rentenbankprojektes gewesen war, hat es, seitdem er das Amt des Reichswährungskommissars übernommen, gleichwohl an der Spitze für dieses ursprünglich nicht von ihm geliebte Kind Selbsterlöschung nicht lassen.“

Bradbury bei Macdonald.

Das überraschende innerpolitische Ereignis in England ist eine Reise, die der britische Delegierte bei der Reparationskommission, Bradbury, am Montag nach Schottland unternommen hatte, wo er im Laufe des Dienstag eine längere Unterredung mit dem Arbeiterführer James Macdonald hatte. Diese Unterredung ist kennzeichnend für die Anerkennung der Tatsache, daß voraussichtlich spätestens in der Mitte des nächsten Monats eine Arbeiterregierung unter Macdonald am Ruder sein wird. Unter diesen Umständen möchte sich Bradbury vergeblich bemühen, ob seine Wahl der englischen Mitglieder für den neuen Untersuchungsausschuß der Reparationskommission das Eingeständnis des kommenden Ministerpräsidenten und Außenministers finden werde. Baldwin soll sich Bradbury zu diesem Schritt veranlaßt haben. Am Dienstag begab sich Bradbury nach London zurück und wird voraussichtlich am Donnerstag nach Frankreich zurückkehren.

Der Sechziger-Ausschuß der besetzten Gebiete

Der am Mittwoch in Köln zu seiner zweiten Sitzung zusammengetreten sollte, wurde auf Befehl der Fraktion der Sechziger nicht einberufen, da man die in Aussicht stehenden Verhandlungen der Reichsregierung mit den Alliierten zunächst abwarten will. Der Ausschuß wird demnach voraussichtlich nicht vor Januar zusammengetreten.

Das griechische Königspaar geflohen!

Der König und die Königin von Griechenland haben am Dienstag auf Anraten der revolutionären Regierung Athen verlassen und sich nach Rumänien begeben. Der Ministerrat hatte sich nämlich am Montag über die durch den Wahlausfall geschaffene innerpolitische Lage beraten und ist dabei angeblich wegen der Sicherung der Ruhe während der Diskussion über die neue Regierungsform für das Land zu dem Entschluß gekommen, dem König die Aufforderung zugehen zu lassen, außer Lande zu gehen, bis die endgültige Regierungsform vom neuen Parlament festgestellt worden ist. Der König hat vor seiner Abreise Benizelos telegraphisch ersucht, die Regierung zu übernehmen.

Eisenbahn und Industrie.

Die Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und dem Reichsverband der deutschen Industrie haben zu einem Ergebnis geführt, das geeignet erscheint, die Reichseisenbahnen über die erste Zeit der Zahlungsschwierigkeiten hinwegzuführen. Zu diesem Zweck ist eine Eisenbahnlieferanten-G. m. b. H. gegründet worden. Die in Frage kommenden Industriezweige entsenden in diese Gesellschaft durch ihre Fachgruppen Vertreter. Aufgabe der Eisenbahnlieferanten-G. m. b. H. ist es nun, Eisenbahnen und ihre Gläubiger zur Befriedigung ihres Geldbedarfs die Beschaffung des Wechselfußes zu ermöglichen und zwar in der Art, daß die Eisenbahnlieferanten-G. m. b. H. die dritte Unterstufe liefert, während Eisenbahn und Gläubiger die beiden anderen Unterstufen geben. Der Wechselfuß wird aus dem Privatrentenmarktwort genommen werden. In Frage kommen voraussichtlich 100 Millionen Rentenmark.

1000 000 000 000
1 Goldmark = 1 000 000 000 000 Papiermark.

Macht Vorschläge!

Die von der Reichsregierung eingeleitete außenpolitische Aktion war nicht nur ein Akt der Notwehr, sondern auch ein Akt außenpolitischer Notwendigkeit. Ein Akt der Notwehr insofern, als die besetzten Gebiete einen derartigen Schritt verlangten und die Vertreter des Rheinlandes und Ruhrgebiets im Verneinungsfall das Recht zum selbständigen Verhandeln forderten, weil sie glaubten, nur so den separatistischen Bestrebungen entgegenwirken zu können, und ein Akt außenpolitischer Notwendigkeit, weil Deutschland in diesem Augenblick gar nichts anderes übrig blieb, als erneut den Versuch zu direkten Verhandlungen zu machen. Poincaré hätte von sich aus die Hand zu Verhandlungen mit Deutschland nie geboten und auch das ihm untertänige Belgien wäre trotz seiner schlechten wirtschaftlichen Lage aus Prestigegründen niemals an die Reichsregierung zum Zwecke eines Gedankenaustausches herantreten. Praktisch hätte dieser Zustand auf die Dauer zu einer vollkommenen Preisgabe des Ruhrgebietes führen müssen, wenn die Reichsregierung die Frage des Prestiges in den Vordergrund gestellt und der Taktik unserer sogenannten „nationalen Kreise“ gefolgt wäre. Diese Kreise, die in der deutschnationalen Partei ihre Vertretung finden, reden zwar fortgesetzt von der „Rettung des Ruhrgebietes“, aber ihre Taktik läuft auf nichts anderes als auf die Verjagung der besetzten Gebiete hinaus. Sie wollen keine Verhandlungen mit Frankreich, die durch die Initiative Deutschlands herbeigeführt werden, aber bisher haben sie auch noch keinen Weg gezeigt, auf welche Art und Weise dann die von ihnen aufgestellte Forderung nach „Rettung des Ruhrgebietes“ durchgeführt werden soll. Schon daraus ergibt sich, daß dieses Verlangen überhaupt von keiner ehrlichen Absicht getragen, sondern genau so undeutlich und unnational ist, wie die ganze deutschnationale Partei. Ihr Verhalten war antinational während des Krieges, als sie unter der Führung der Konservativen Partei auf den Verständigungstendenzen verzichteten und ihre Haltung ist heute ebenso antinational, weil sie jede Möglichkeit der Verständigung verneinen und dadurch Deutschland in immer größere Bedrängnis bringen. Wir sind mit Rücksicht auf unsere katastrophale wirtschaftliche Lage, die nichts anderes ist als eine Folgewirkung des von den früheren Konservativen und heutigen deutschnationalen verlorenen Krieges, darauf angewiesen, jede Verständigungsmöglichkeit auszunutzen und zu fördern, um so durch gegenseitige Verträge unser Existenzrecht zu sichern. Das wollen die deutschnationalen nicht, ihre Sehnsucht ist, der darbeden Bevölkerung die Lebensmöglichkeiten durch die Verneinung jeder Verständigung weiter zu erschweren, die Katastrophe zu steigern, weil sie in der Einbildung leben, dadurch sich als Partei bei den kommenden Wahlen zu dienen. Sie reden von der Nation — aber sie meinen ihre Parteipolitik.

Die Reichsregierung hat inzwischen erklären lassen, daß sie den einmal beschrittenen Weg trotz der deutschnationalen Weitergehen wird. Wir möchten wünschen, daß diese Worte vor der Zukunft bestehen können und müssen deshalb erwarten, daß jetzt bald die notwendigen positiven Vorschläge über das Reparationsproblem und die Wiederherstellung geordneter produktiver Verhältnisse im Ruhrgebiet an die alliierten Mächte abgehandelt werden. Mit gutem Recht hat die Reichsregierung auch in ihren letzten Notizen betont, daß bei den jetzigen Zuständen im besetzten Gebiet jede geordnete Wirtschaftsführung des Reiches und der Staaten nahezu unmöglich ist und irgendeine organisierte Reparationsleistung angesichts dieser Verhältnisse nicht möglich sind. Diese berechnete Behauptung bedarf jetzt der notwendigen Begründung. Sie ist zu ergänzen durch Vorschläge, die auf eine Abänderung des gesamten Befehlungsverhältnisses abzielen, ohne daß dadurch das französische Verlangen nach produktiven Pfändern ausgeschlossen und die Bestrebungen der Reichsregierung, eine höhere Wirtschaftlichkeit in den besetzten Gebieten zu erzielen, eine Beeinträchtigung erfahren. Bei gutem Willen auf beiden Seiten ist ein Modus zu finden, der die Interessen der Entente berücksichtigt und Deutschlands Recht zum Leben anerkennt. Für Deutschland ist die Lage jetzt dadurch etwas erleichtert, daß in dem Micum-Vertrage dieselbe Schwerindustrie, die früher wegen der Kohlenlieferungen obwohl diese ihr in vollem Werte bezahlt wurden, die stärkste Opposition machte, nunmehr selbst genau den gleichen Betrag als Lieferungslohn unterschreiben und auch noch die Kosten auf den eigenen Köpfen übernehmen

Der Beschluß des Reichsrats dürfte allgemein begrüßt werden, da Schacht ein Mann ist, von dem angenommen werden muß, daß er endlich mit der bisherigen Politik der Reichsbank bricht. Wie notwendig das ist, wie die neuesten Ausführungen des Herrn v. Glagepp, Vizepräsident der Bank, der sich für neue Papiergeldstabilisierungsexperimente einsetzte. Schacht ist ein entschiedener Gegner dieser Neuauflage des alten Papiergeldschwindels und wurde deshalb bis zum letzten Augenblick von der Schwerindustrie als Kandidat für das verwaiste Amt des Reichsbankpräsidenten bekämpft. Eine mit Sicherheit zu erwartende Ernennung bedeutet den Sieg über die bisher richtunggebende Tendenz in der Reichsbank.

Schon deshalb haben wir uns für die Kandidatur Dr. Schachts eingesetzt. Unsere Auffassung von Geld ist wesentlich andere als die jetzige, die er in den verschiedenen publizistischen Arbeiten niedergelegt hat. Aber sein mehr individueller Standpunkt, der a. B. in dem Goldbankprojekt, der Bank von Deutschland, zum Ausdruck kommt, überzeugt gerade den Praktiker durch die Möglichkeit eines Erfolges in der Währungsfrage und steht in einem wohlthuenden Gegensatz zu den haversteinischen Gepflogenheiten, die unheilvoll auf unsere Währung eingewirkt haben. Wir haben Veranlassung, anzunehmen, daß sich in diesen beiden Männern, Haverstein und Schacht, zwei Perioden scheiden: der Niedergang und der Aufstieg der Währung. Der Tod Haversteins bei Beginn der Rentenmarkära ist Zufall. Aber ohne diesen Zufall wäre die Erziehung des obersten Reichsbankbeamten durch einen Schacht notwendig gewesen. Wir spenden Herrn Schacht keine Vorschüflerereien, wenn wir ihn wie keinen anderen geeignet halten, der deutschen Währungspolitik neues Ziel zu setzen und ihr neuen Geist einzuflöhen. Das Zeug dazu hat er. Selbst seine erbittertesten Gegner im deutschnationalen Lager und in der Schwerindustrie haben in der letzten Kampagne, die der Entscheidung des Reichsrats voranging, keinen Grund vorbringen können, der seine Qualifikation sprechen könnte.

Dr. Hjalmar Schacht, der 1877 in Linggaff (Schlesien) geboren und seit 1903 in der Dresdener und in der Darmstädter Bank tätig war, ist von Haus aus Volkswirtschaftler. Gerade seine volkswirtschaftliche Anteilnahme macht ihn zu dem Faktor, den die deutsche Bevölkerung erwartet. Sie läßt ihn die Einseitigkeit des haversteinischen Währungstheoretikers verneinen, der Haverstein und Helfferich zum Opfer fielen. In den Ausführungen Schachts tritt immer wieder die Wechselbeziehung zwischen Währung und Wirtschaft zutage. Die Rentenmark ist für ihn eine Etappe. Das Ziel aber die endgültige Währung, die Goldmark, das einlösliche Geld, das international wieder Akzeptanz und Gültigkeit hat. Sie kann nur erreicht werden, wenn der Haushalt ausgeglichen wird, die Zinsfußsenkung der Rentenmark dient, und — und hier liegt der Schwerpunkt der Schachtischen

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 19. Dezember.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Wichtig! Donnerstag muß unser Arbeits- (Wirtschaftslehre) ausfallen. Wir besuchen an diesem Abend Weihnachtsfeier der S. A. Z. Nächster Arbeitsabend am Sonntag, den 23. Dezember, abends 7 1/2 Uhr.

Die unbesiegbare Waffe.

In einer Zeit, in der die Gewalt ihre vorübergehenden Siege feiert, vernehmen wir klarer als sonst den hellen Klang eines Wortes von Anatole France, dem weisen und geistreichen Dichter, der immer seine Stimme erhebt, wenn er gegen die Gewalt zu protestieren. Es steht im vierten Roman aus unserer Zeit: "Professors Bergeret, der Vertreter des Dichters selbst, spricht mit seiner Tochter die zukünftige Gesellschaft. Die Tochter fragt: "Wie aber kann man das Ende der Ungerechtigkeit herbeiführen, lieber Vater? Wie kann man die Welt ändern?"

Der Wiederaufbau der Straßenbahn.

Von heute, Mittwoch, ab verkehrt Linie 6 wieder wie früher 7 1/2 Minuten in der Kantfurter Straße bis zur Stadtgrenze. In der seit einiger Zeit bestehende Pendelverkehr zwischen Bahnhof und Sitzgelegenheiten befindet sich. Von der früheren Gürtelbahn ist seit der letzten Einschränkung nur noch der Westteil durch die Matthiasstraße, Herzogstraße, Adam und Walbertstraße bis zur Scheinstraße außer Betrieb. Der Westteil der Gürtelbahn verkehrt seitdem wie bisher. Dieser stillgelegte Teil ist ebenfalls von ab wieder in Betrieb genommen worden, dergestalt, daß im Bereich der Gürtelbahn den Verkehr mit dem Hauptbahnhof und Gräbner Bahnhofe befriedigen und bis zur Karlsruhstraße, Ede Straße, geführt werden.

Mieter, habt acht!

Die Neue Vereinigung Breslauer Hausbesitzer ist sehr reichlich im Jahre 1923 gekommen. Dieser Tage hat sie ihre Generalversammlung abgehalten. In der Sitzung wurden verschiedene Beschlüsse gefasst, die für die Mieter von großer Wichtigkeit sind. Die Mieter werden gebeten, sich an der Generalversammlung teilzunehmen, um ihre Interessen zu vertreten. Die Beschlüsse betreffen unter anderem die Erhöhung der Mieten, die Erhaltung der Mietspiegel und die Verbesserung der Wohnverhältnisse. Die Vereinigung wird die Mieter bei allen ihren Bemühungen unterstützen und für die Erreichung ihrer Ziele kämpfen.

Weihnachts- und Neujahrsverkehr.

Die Erwartung eines starken Verkehrs zwischen Breslau und Wien - sowie dem Glaxo Verkehr - werden für den 23. bis 25. Dezember nicht derartig sein, wie es für einen Verkehr nach dem Gebirge nicht gerechnet werden kann, da die Maßnahmen getroffen sind. Die Eisenbahnverwaltung hat die Züge in den Weihnachts- und Neujahrszeiten auf ein Minimum reduziert. Die Züge sind nur noch für den notwendigen Verkehr zwischen den Hauptstationen vorgesehen. Die Eisenbahnverwaltung bittet die Reisenden, sich frühzeitig für ihre Fahrkarten zu registrieren, um den möglichen Verzögerungen zu vermeiden.

denber, bis einschließlich Dienstag, den 1. Januar, ausgedehnt worden ist.

Es handelt sich um beschleunigte Züge, die somit für den Durchgangsverkehr zwischen Breslau und den Gebirgen besonders geeignet und dringend zu empfehlen sind.

Mieterschuhabteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Donnerstag, den 20. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Vorstandssitzung im Zimmer 32 des Gewerkschaftshauses.

Eine proletarische Weihnachtsfeier!

Heute abend 7 1/2 Uhr findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17, die Weihnachtsfeier der „Sozialistischen Arbeiterjugend“ statt. Es sollen wirkliche Feiern sein, die wir im Kreise unserer Eltern und Freunde erleben werden. Das Programm bietet Chorgesänge, Rezitationen, Reigenspiele und „Die Kreuzabnahme“, ein Spiel von Krieg und Frieden, von Karl Böger. Zur Bedienung der Umkleen müssen wir einen Eintrittspreis von 10 Goldpfennigen für Jugendliche und 20 Goldpfennigen für Erwachsene erheben. Karten sind in allen Heimen, im Jugendsekretariat Margaretenstraße 17, II, Zimmer 43a, und an der Abendkasse zu haben.

Wir erwarten einen zahlreichen Besuch aller Eltern und Freunde der „Sozialistischen Arbeiterjugend“.

Die Weihnachtsbuchmesse

der Arbeitsgemeinschaft Breslauer Jugendverbände, an der sich auch die „Kulturfreunde“ und die „Sozialistische Arbeiterjugend“ als Aussteller beteiligen, ist nur noch heute und Donnerstag, den 20. Dezember, von 4-8 Uhr nachmittags, geöffnet. Die Ausstellung ist im Zeichenlaale des Matthias-Gymnasiums (Eingang Schulbrücke). Die einzelnen Jugendverbände haben eine große Auswahl guter, preiswerter Literatur ausgestellt. Ein Besuch derselben ist sehr empfehlenswert. Es veräume niemand, noch heute der Messe einen Besuch abzustatten.

Unser neuer Roman.

Kriegerische Geschichtchen haben leider in großem Umfang ihren Niederschlag auf literarischem Gebiet gefunden. Wenn man die Kriegsliteratur der Nachkriegszeit sieht, findet man manches, das des Ausschreibens gerade noch wert und besser nicht geschrieben wäre. Eine ungewöhnliche Bereicherung dieses Literaturgebietes aber ist der neue von Otto Thielemann verfasste Roman „Der Schwärmer von Bagancourt“. Man wird sich den Namen des Verfassers, dessen Werk wir hier abzuhandeln beginnen, merken müssen, denn er wird uns noch manches zu sagen haben. Bestimmt verdient er, in die weitere Reihe derer gestellt zu werden, in der Henry Barbusse, Wilhelm Kempis und andere stehen. Das Buch liegt zum Kauf in der Buchhandlung „Volkswacht“ auf.

Öffentliche Beamtenversammlung.

Am Sonntag hatte der Beamtenausschuß der SPD, die Beamten und Lehrer zu einer Allgemeinen Beamtenversammlung in den großen Saal des Gewerkschaftshauses eingeladen. Provinzial-Verbandsvorsitzender Genosse Mache sprach bei der Beilegung der Beamten und Beamtenabteilung. In packenden Worten schilderte der Redner die Notlage der Beamten und ihre Ursachen. Der nunmehr einsetzende Kräfteabbau der Beamenschaft, die sich in ihrer Stellung bis jetzt so geborgen fühlte, ist als erster Schlag, der gegen sie abgefeuert wird zu betrachten. In seiner jetzigen Form und dem vorgetragenen Umfang untragbar, wird er der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung zum Verhängnis werden. Die Beamten sind gezwungen, sich gegen die Abbaumaßnahmen zu wehren und mit allen Mitteln dafür zu wirken, daß die Regierung diese Maßnahmen in bessere Bahnen lenkt. Jeder Weiterbleibende müsse diesen Beamtenabbau, als Staatsnotwendigkeit betrachtet, überhaupt verneinen. Ueber das Angebot der Regierung bezüglich der Besoldungsregelung herrscht allgemeine Empörung. Selbst Kreise, die den Beamten nicht gerade wohl gesinnt sind, waren erntamt über die Unzulänglichkeit der Gehälter. Darüber kann auch die Senkung der Preise abhelfen nicht hinweghelfen. Arbeiter, Angestellte und Beamte werden auf ein immer tiefer sinkendes Niveau herabgedrückt und jeder Aufstieg systematisch unterbunden. Wenn schon der Kampf vorgerückt auf die Finanzlage des Reiches, der Länder und Gemeinden niemals eine solche Katastrophe zu sein, hätten die Kreise der Beamten ihre Pflichten als Staatsbürger erfüllt. So ruht die Steuerlast ausschließlich auf der Arbeitnehmerkraft. Ein Vergleich mit England zeigt, daß dort etwa 1/4 der Steuerlasten von den Besitzenden getragen werden und der Rest von der übrigen Bevölkerung. In Deutschland ist es gerade umgekehrt. Soll eine Verbesserung in der Festsetzung unserer Bezüge eintreten, dürfen dem Reiche usw., die dazu erforderlichen Mittel nicht verweigert werden. Alle wohlwollenden Rezensenten sind einig. Die Verlängerung der Arbeitszeit ist ein Angriff auf die gesamte Arbeitnehmerkraft. Es wird nicht der letzte Schlag sein, der gegen die Beamenschaft geführt wird.

Mag nun die Lage auch hoffnungslos aussehen, so ist durchaus nicht Alles verloren. Nur nicht die Hände in den Schoß legen! Zunächst müssen vergiftete Traditionen fallen gelassen werden. Abwehr muß unbedingt erfolgen. Die Organisationen, der einzige Schutzwall, müssen gestärkt und noch mehr ausgebaut werden. Der Beamte muß an politischen Geschehen erhöhten Anteil nehmen und die Politik der Reichsbehörden in besonderem Maße fördern. Es heißt daher jetzt erst recht, mit Hochdruck arbeiten, die Organisationen zusammenschließen, sich fortzuentwickeln zur Verteidigung der eigenen Interessen. Die rage Aussprache ergab vollste Übereinstimmung mit den Ausführungen des Referenten.

Auf die Ehefrau geschossen.

Unter der schweren Anklage des versuchten Totschlags stand am Freitag der 39 Jahre alte Schlosser Karl Schlags vor dem Schwurgericht. Die Ehe war keine glückliche, da S. berechneten Verdacht zur Eifersucht zu haben glaubte. Auch soll Frau S. sehr freizügig gewesen sein. Hinzu kamen Nahrungsvorgaben und so ging das Ehepaar Anfang dieses Jahres auseinander. S. fand in Oppeln Arbeit und Frau S. schlug sich in Breslau durch. Da sagte S. den Entschluß, sich mit seiner Frau wieder auszusöhnen. Zu diesem Zweck kam er am Abend des 2. März von Oppeln, suchte in Breslau verschiedene Gastwirtschaften auf und durchstreifte die Stadt bis zum nächsten Morgen. Nun ging er zur Wohnung seiner Frau auf der Karlsruhstraße 5, fand aber auf sein Klopfen keinen Eingang. Da er keine Frau jedoch im Entree bemerkte, zog er eine Pistole heraus und schob durch einen, an der Tür angelegten Hausbohrer, der eine zerklüftene Scheibe erstachte. Er traf auch tatsächlich die Frau in den Unterleib, so daß sie sofort ins Merzheiligenhospital zur

Operation gebracht werden mußte. Hier mußte ihr eine Niere entfernt werden. Nach dem Schuß war der Mann davon gelaufen, er hatte sich aber am nächsten Tage selbst der Polizei gestellt. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen nach vorläufiger schwerer Körperverletzung und unbefugtem Waffenbesitz. Das Gericht erkannte auf zwei Jahre sechs Monate Gefängnis, neun Monate wurden ihm auf die Unverschämtheit angerechnet.

Man ist wieder freundlich.

Nicht wahr, du flannst, lieber Leser! Noch vor wenigen Tagen hättest du es nicht wagen dürfen, einmal in der Mittagsstunde oder nach 5 bis 7 1/2 Uhr abends in ein Geschäft zu treten, um etwas zu kaufen. Erstens wärst du ja gar nicht hineingekommen und hättest du zweitens ein Klein wenig den Schleihändler gespielt, das heißt also, hättest du zur Hintertür versucht, ins Geschäft hineinzukommen, dann hätte der Kaufmann dich angeblöht. Und jetzt? Ja, ja, es war einmal. Es war einmal, da wurden fast alle Geschäfte pünktlich um 12 Uhr geschlossen, um 3 Uhr geöffnet, um 5 Uhr wieder geschlossen. Es war einmal, da hatten die Kaufleute wirklich den Sechshundentag eingeführt; der verpönte Achthundentag war ihnen da noch zuviel. Ja, ja es war einmal. Da gebärdete sich mancher Kaufmann, als begingest du ein Verbrechen, wenn du es wagtest, bei ihm zu kaufen. Er behandelte dich mit mütterlichem Gesicht; er schloß frühzeitig den Laden, und mancher brachte noch richtige Eifengitter an den Ladenfenstern an. Es war das einmal, und es ist noch gar nicht solange her.

Und jetzt? O, jetzt kannst du auch einmal eine Zeit nach dem Geschäftsluße kommen. Der Herr Kaufmann ist dir gegenüber so freundlich, als wäre er in brauner Butter gebraten. Und du kannst auch alles bald bekommen, sogar mehr als du haben willst. Doch dein Geld langt nicht immer. Und der Sechshundentag? Pst! Teufel, der ist natürlich verpönt; ebenso wie der Achthundentag. Nach dem können sich doch nur die Arbeiter rühmen, die kein Vaterlandsgefühl haben.

Meckst du etwas, lieber Leser? Das Vaterlandsgefühl, das Empfinden mit dem Volke, dem lieben, lieben Runden, kommt bei manchen Leuten nur Stundenweise. Vielleicht dann, wenn unsere Währung einigermaßen feststeht; oder gar, wenn ein Preissturz droht. Dann freust du dich über den freundlichen Kaufmann; dann kannst du auch gut und billig kaufen. (Ein paar Tage später allerdings noch billiger, doch das sagt dir natürlich der Verkäufer nicht.)

Und nun zum Schluß höre eine Regel und merke sie dir. Wenn die Kaufleute wieder einmal zum Sechshundentag zurückgreifen, dann steht es mit unserer Währung schlecht. Hat er sich in der Mittagsstunde geöffnet, so steht unsere Währung einigermaßen günstig. Beachte das, und du hast einen Barometer, der dich nichts kostet, und der fest nie trügt.

* Straßenbahnen Nieder erschien um unserer Redaktion und gab an, er habe schon seit dem 1. Juli keinen Parteibeitrag mehr bezahlt und sich schon vor seinem Ausscheiden nicht mehr als zum Partei gehörig betrachtet. Einer deutschpöhlischen Organisation sei er aber als Mitglied nicht beigetreten. Unser Parteisekretariat erklärt hierzu, Nieder habe sich die Beiträge wegen Kurzarbeit stunden lassen. Als Parteimitglied habe er sich sehr wohl noch betrachtet, denn er sei seitdem noch in verschiedenen unserer Vereinstellungen gewesen. Ob Nieder Mitglied einer deutschpöhlischen Organisation ist oder nicht, ist gleichgültig. Jedenfalls hat er an der deutschpöhlischen Zusammenkunft teilgenommen.

* Die Breslauer Feuerzählung vom 17. Dezember, die vom städtischen Statistischen Amt nach den Grundbüchern des Statistischen Reichsamts errechnet wird und zugleich als Grundlage für die Berechnung der Reichszählung dient, beträgt 108212 Militarden Markt.

* Ein Weihnachtspreis für Bedürftige wird, wie alljährlich, so auch diesmal von den Firmen Rudolf Dietrich und Konrad Rößling am heiligen Abend zur Ausgabe gelangen. Die Verteilung findet mittags um 1 Uhr statt und ist durch die Ausgabe einer größeren Anzahl Freikarten geregelt.

* An der Dienst der Erwerbslosenfürsorge haben sich neuerdings zwei der angesehensten hiesigen Lichtbildbahnen gestellt. Die Direktoren des Tauentzien- und des Ufa-Theaters veranstalten am 20. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, eine Sondervorstellung für die Erwerbslosen, zu der die Unterstützungsempfänger unentgeltlich Zutritt haben. Ferner hat die Ufa- und Geflügelhandlung von Herrert Böhme, Gartenstraße 62, am 15. Dezember an 50 Erwerbslose mit Jamisch je zwei Schwarzhäsen unentgeltlich ausgegeben.

* Die Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten erhalten Rat und Auskunft in allen Angelegenheiten ihrer Berufswahl im städtischen Berufsamt, Gartenstraße 3, täglich 12-2 Uhr, in einer für sie besonders eingerichteten erweiterten Sprechstunde. Es dürfte bei den außerordentlich schwierigen Wirtschaftsverhältnissen sicherlich mit Dank begrüßt werden, daß das Berufsamt auf diese Weise sich mehr als bisher in den Dienst der Berufsberatung für die Schüler höherer Lehranstalten stellt.

* Amtlicher Weiterbericht. Die O-Gattin der Familie 64 naht auf dem gleichen Wege wie ihre Vorgängerin, die H-Zittone und wird wiederum ganz Mitteleuropa in ihren Wirkungsbereich einbezogen; vor allem werden ihre letzten Fronten an den Osteeilen und in Ostdeutschland wieder große Windstärken erzeugen. Mittwoch: Unruhig, zeitweise über mit Regen oder Hagel, Temperaturabnahme. Zeitweise bis zur Sturmstärke aufsteigender Westwind.

* Mordverurteilung. Festgenommen wurde der Eisenbahnbetriebsassistent Anton Kuchzig, geboren am 21. Februar 1896 in Hühner bei Wachen, der in der Neudorfstraße 22 wohnt, wegen Mordverurteilung. Am 18. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, gab er aus einem Trümmelrevolver in der Trauerstraße zwischen der Landgerichtgebäude und der Straße zwei Schüsse auf seine Ehefrau ab. Diese wurde am linken Oberarm leicht verletzt, das zweite Geschöß prallte an ihrem Kopf ab. Kuchzig ließ mit seiner Frau in Ehecheidung. Von der Eisenbahnbetriebsassistentin erfuhr die Ehefrau dieses Monats entlassen werden. Als er die Schießauf seine Frau abgab, befanden sich viele Passanten auf der Straße, so daß außer seiner Frau auch andere Personen getroffen werden konnten. Er gab zu, die Wunde gehabt zu haben, keine Frau, die ihm Unannehmlichkeiten bereitet hätte, zu ermorden.

* Band deutscher Bodenreform. Freitag, den 21. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, Matthiasgymnasium, Schulbrücke 37. Oberbaurat Schirrer: Städtebau und Volkswirtschaft. Venter: Inher Altmeister Henry George.

Parteilosen und Genossinnen! Gebt eure Anzeigen in der „Volkswacht“ auf!

